

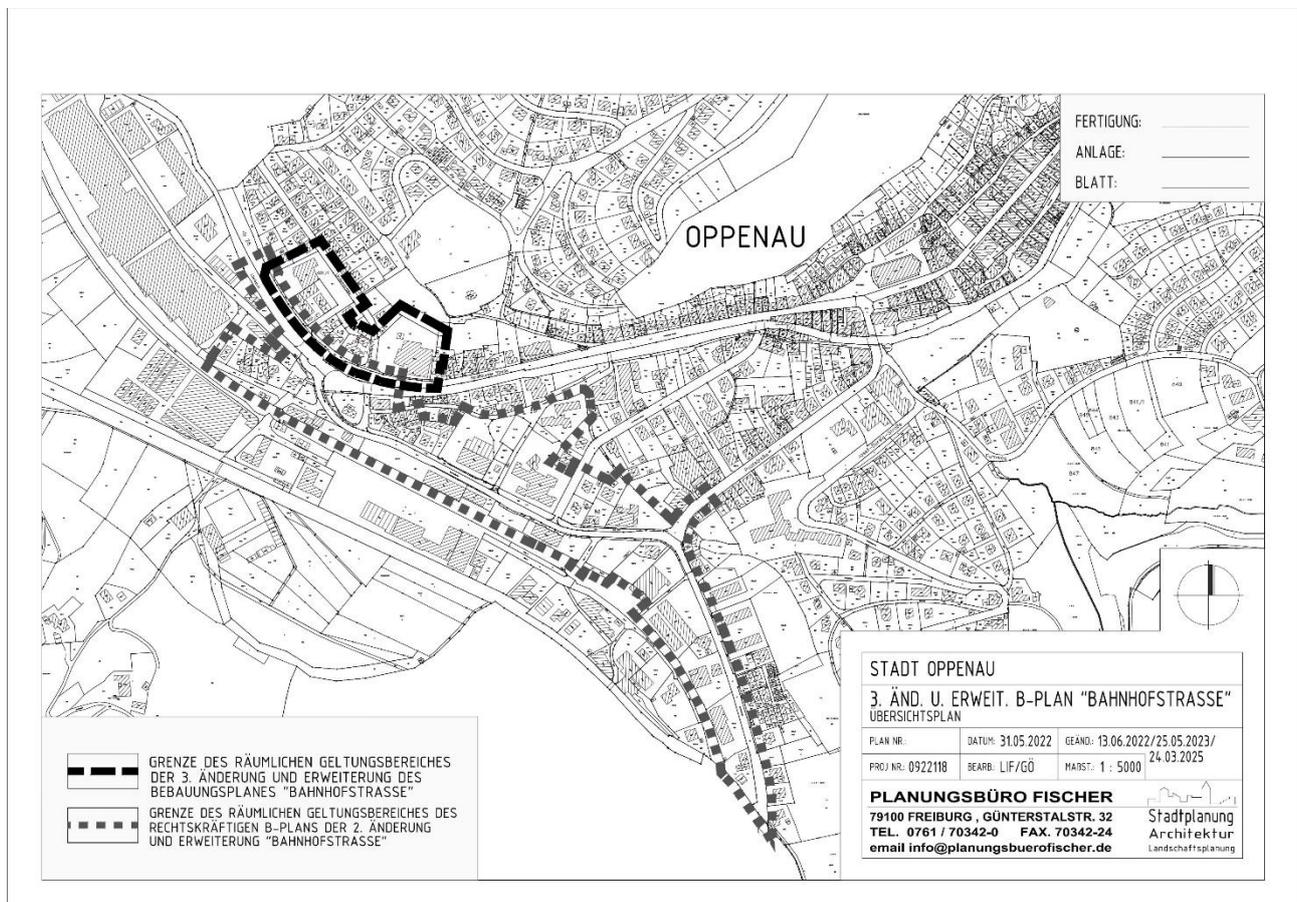
3. Änderung und Erweiterung Bebauungsplan "Bahnhofstraße" mit örtlichen Bauvorschriften

(als Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB)

Öffentliche Bekanntmachung

Der Gemeinderat der Stadt Oppenau hat in seiner öffentlichen Sitzung am 28.04.2025 die 3. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Bahnhofstraße" nach § 10 BauGB und die zusammen mit dem Bebauungsplan aufgestellten Örtlichen Bauvorschriften als Satzungen beschlossen.

Der Geltungsbereich umfasst die Flst.Nrn. 651/1, 651/27, 4/1, 4/6, 4/8 und 4 sowie einen Teilbereich des Flst.Nr. 974 (Lindenstraße) nördlich der Straßburger Straße bzw. nördlich des Kreisverkehrs B 28 und beträgt insgesamt ca. 1,06 ha.



Mit dieser Bekanntmachung tritt die 3. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Bahnhofstraße" und die zugehörigen örtlichen Bauvorschriften zum Bebauungsplan in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB).

Jedermann kann die 3. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Bahnhofstraße" und die zugehörigen örtlichen Bauvorschriften mit Begründung, Umweltbeitrag und sämtlichen Bestandteilen während den üblichen Dienststunden im Rathaus der Stadt Oppenau einsehen und über den Inhalt Auskunft verlangen.

Weiterhin kann die 3. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Bahnhofstraße" mit diesen Planunterlagen und Bestandteilen im Internet auf der Homepage der Stadt Oppenau <http://www.oppenau.de/bebauungsplaene> sowie im zentralen Internetportal des Landes Baden-Württemberg <https://www.uvp-verbund.de/kartendienste> (Bauleitplanung) eingesehen werden.

Die Bekanntmachung tritt an die Stelle der sonst für Satzungen vorgeschriebenen Veröffentlichung.

Auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie die Rechtsfolgen des § 215 Abs. 1 BauGB wird hingewiesen. Unbeachtlich werden demnach

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1-3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans, und
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,

wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind. Dies gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a BauGB beachtlich sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 BauGB über die Fälligkeit etwaiger Entschädigungsansprüche, deren Leistung schriftlich beim Entschädigungspflichtigen zu beantragen ist, und des § 44 Abs. 4 BauGB über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

Nach § 4 Abs. 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) gelten Satzungen, die unter der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung Baden-Württemberg oder aufgrund der Gemeindeordnung Baden-Württemberg ergangenen Bestimmung zustande gekommen sind, ein Jahr nach dieser Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung des Bebauungsplans verletzt worden sind,
2. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 43 Gemeindeordnung Baden-Württemberg wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat oder wenn innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder

die Verletzung der Verfahrens- und Formvorschriften gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich oder elektronisch geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach vorstehender Nr. 2 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der Jahresfrist des § 4 Abs. 4 Satz 1 Gemeindeordnung Baden-Württemberg jedermann diese Verletzung geltend machen.

Oppenau, den 07.05.2025

Uwe Gaiser, Bürgermeister